

Leser schreiben

Zum Bericht über das Hearing des Verkehrsausschusses zum Luftverkehr in NRW — Landtag intern Nr. 12 Seite 15 — hat die Redaktion der folgende Leserbrief erreicht:

Die von Regierung und Opposition vorgebrachten wirtschaftlichen Gründe für eine seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung gerecht werdende Einbindung des Ruhrgebietes in den internationalen Luftverkehr sind so überzeugend, dass die allseits verfolgte Politik, die ursprünglich in oder am Rande von Großstädten vor langer Zeit entstandenen Flughäfen auszubauen, nicht ausreicht. Denn die Besonderheit des Ruhrgebiets, dass seine Städte viel dichter als sonst in Europa üblich beieinanderliegen, lässt den Ausbau von Pisten der Frühzeit oft viel zu schnell in einem nicht mehr vertretbaren Lärmbereich der Nachbarstädte enden. Deshalb ist es nötig, die bestehenden Flugplätze langfristig dem europäischen Geschäftsflugverkehr bis zu einer möglichst weitgehenden Begrenzung durch künftige Schienen-transportsysteme (Transrapid, ICE u.ä.) vorzubehalten und für den interkontinentalen Luftverkehr schleunigst einen Standort für ca. zwei neue Großflughäfen in geeigneter Lage zu suchen. Diese dürfen ruhig bis ca. 60 Kilometer von ruhrgebietszentralen Großstädten entfernt sein. Dem „Auswandern“ von München, Oslo und sicher bald weiterer Flughäfen gehört die Zukunft, nicht dem derzeitigen Klein-Klein, das sein letzliches Scheitern besonders anschaulich am Beispiel Dortmund/Unna gerade vorbereitet. Zwischen zwei, nicht einmal 15 Kilometer auseinanderliegenden Stadtzentren wird eine Luftsportwiese der sechziger Jahre zum Großflughafen ausgebaut mit einer direkt auf die Stadtzentren gerichteten Piste. Dadurch sind die Abstände zur älteren Wohnbebauung von weit über 100 000 Menschen um Faktoren von 4 bis 7 kleiner als bei elf vergleichbaren deutschen Flughäfen, wie eine Abstandsstudie beweist.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schalte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin: Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer: Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent: Nolke Becker (CDU), Pressesprecher: Michael Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

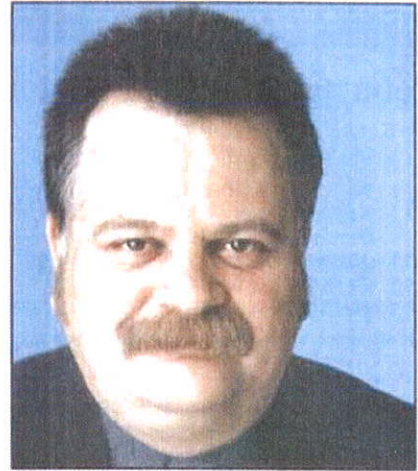
Porträt der Woche

Wenige Tage vor dem Berliner Mauerbau 1961 floh der damals knapp Sechsjährige mit seinen Eltern aus dem thüringischen Gotha nach Köln. Seitdem lebt der SPD-Abgeordnete Stephan Gatter in der Domstadt, hat dort sein Abitur gemacht, zeitweilig dort studiert, später das 1. Staatsexamen in Geschichte und Theologie für das Lehramt in der Sekundarstufe II absolviert und sich partei- wie kommunalpolitisch engagiert.

Aus einem Elternhaus stammend, in dem politisch rege diskutiert wurde, war schon damals für den Gymnasiasten Stephan Gatter Willy Brandt ein Vorbild, und der noch „Wahlmündige“ gründete eine Schülerinitiative für den Sozialdemokraten. In die SPD trat er erst 1972, im Landtagswahlkampf, ein. Seit dieser Zeit — inzwischen sind es 26 Jahre — engagiert sich der Kölner im selben Ortsverein, wurde später in den Stadtbezirksvorstand Köln-Kalk und dann in den Kölner Unterbezirksvorstand der SPD gewählt. Mehr als 15 Jahre gehörte er der Bezirksvertretung Köln-Kalk an, davon längere Zeit als SPD-Fraktionsvorsitzender.

Die ersten „Berührungen“ mit der Landespolitik erhielt Stephan Gatter 1985 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten und Kölner Oberbürgermeisters Norbert Burger, auch stand er zeitweise dem Abgeordneten Volmar Schultz zur Seite. So kam es nicht überraschend, dass die Kölner Sozialdemokraten ihn bei der letzten Landtagswahl im Mai 2000 für das Düsseldorf-Parlament nominierten und er dann auch den Wahlkreis 21 (Köln VII) für seine Partei gewann.

Die Landtagsfraktion berief den Kölner in den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung sowie in den Hauptausschuss. Als Angestellter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit einer je zur Hälfte privaten und kommunalen Abfallentsorgungs- und Wertungsgesellschaft seit 1992 ist ersteres Parlamentsgremium sozusagen sein „Metier“. Er hat für die damals teilweise umstrittene Kölner Müllverbrennungsanlage gefochten und hält nach wie vor den Bau jener Anlagen mit modernstem Standard in der Vergangenheit ökologisch für den „richtigen Weg“. Als „ökologischen



Stephan Gatter (SPD)

Unsinn“ bewertet heute der 46-Jährige allerdings, dass nach der geltenden Gesetzeslage Plastikmaterial aus dem Müll aussortiert werden müsse und in den Zementwerken als Brennstoff verwertet werde. Hier sei der Gesetzgeber gefordert.

Im Hauptausschuss plädiert der Sozialdemokrat für eine Erweiterung der Bürgerrechte, hält allerdings die Drohung der Freidemokraten mit einem Bürgerbegehren zur Verkleinerung des Landtages für „reinen Populismus“. Das wäre so, als würde man die Bürger auf der Straße fragen, „wollt ihr weniger Steuern zahlen“. Es sei ur-eigenste Aufgabe des Parlamentes über seine Größe zu entscheiden.

Bei einer Bevölkerung von 18 Millionen hält der Abgeordnete die eigentliche Größe von 201 Parlamentariern nach dem Wahlgesetz für angemessen. Andernfalls wäre nach seiner Einschätzung eine Betreuung der Bürger durch die Abgeordneten sehr problematisch. Und schließlich sei der Düsseldorf-Parlament nach dem Stuttgarter das „zweitbilligste“ Parlament eines Flächenlandes. Allerdings müsse man die so genannten Überhangmandate in den Griff bekommen mit dem Ziel, dass es künftig nur 150 Direktmandate und 51 Mandate über Listenplätze gebe.

Neben der Politik sind Bücher die große Leidenschaft des Kölners. „Ich kann an keinem Antiquariat vorbeigehen, ohne ein Buch mitzunehmen.“ Inzwischen füllen seine Regale rund 3000. Und dann gibt es noch die Nordsee und das Kochen. Beides lasse sich gut verbinden — nordische Küche mit viel Fisch. Guten Appetit!

Jochen Juretko

Ausstellungen im Landtag

Der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge möchte mit seiner Ausstellung „Aus der Geschichte lernen“ Einblicke in das vom Krieg verursachte Leiden geben. Mehr als 300 Fotos, Zeitdokumente, Karten und Texttafeln werden gezeigt. Der Volksbund will vor allem der Jugend die Erkenntnis vermitteln, dass Gewalt als Mittel der Politik fatale Konsequenzen nach sich zieht. Die Ausstel-

lung in der Wandelhalle wird am 14. November von Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet und ist bis zum 30. November zu sehen.

★

Ebenfalls bis zum 30. November sind die „Rostbilder“ von Ernst Jürgen Kratz im Landtag zu sehen. Die Zeichnungen, Aquarelle, Objekte und Bilder sind im Grenzbereich zwischen gegenständlicher und abstrakter Kunst angesiedelt. Betrachter werden gebeten, sich vorher anzumelden, Tel. 8 84 25 10.